

jedoch weder mit dem Klimaschutz noch mit dem Atomausstieg ernst. Die Vorlage für das Eckpunktepapier wurde offensichtlich von den Lobbyisten der großen Energiekonzerne formuliert. Wenn dieses Eckpunktepapier tatsächlich Einzug in das Erneuerbare-Energien-Gesetz findet, ist Deutschlands Exportschlager und großes Vorzeigeprojekt Energiewende zum Scheitern verurteilt. Dann wird die internationale Gemeinschaft sich wieder verstärkt den fossil-atomaren Energieerzeugern zuwenden und auch in Deutschland werden wieder Stimmen laut, die eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken fordern. Klima- und Umweltschutz adé.

Das Vorzeigeprojekt Energiewende wird nur gelingen, wenn

- die Erneuerbaren Energien keine Ausbaugrenzen erfahren,
- das Prinzip des „atmenden Deckels“ als Investitionshemmnis und -verunsicherung erkannt und abgeschafft wird,
- der erneuerbare Eigenverbrauch von sämtlichen Abgaben, Umlagen und Steuern ausgenommen bleibt,
- das Grünstromprivileg erhalten und ausgebaut wird,
- die verbliebenen Arbeitsplätze der Erneuerbare-Energien-Branchen politischen Schutz erfahren,
- die Dezentralität der Erneuerbaren Energien als Triebfeder für regionale Wertschöpfung geachtet und unterstützt wird und
- Eigenstromverbrauch aus hocheffizienter Kraftwärmekopplung von sämtlichen Abgaben, Umlagen und Steuern ausgenommen bleibt.



25.02.2014, *Energieforum Weserbergland*
www.weserweb.de

**Energie-
wende
retten!**
**Sonne und Wind
statt Fracking,
Kohle und Atom**

Das Große Krokodil will die Energiewende fressen!

Am 21.01.2014 hat Wirtschafts- und Energieminister Gabriel (SPD) ein sogenanntes Eckpunktepapier für die Reform der Energiewende vorgelegt, das den Klimaschutz begräbt und zigtausende Arbeitsplätze in den Erneuerbare-Energien-Branchen vernichtet. Dieses Eckpunktepapier will den Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2025 auf 45% des Strombedarfs begrenzen. Wohlgermerkt, nicht die Kosten des Zubaus, sondern der Zubau selbst soll begrenzt werden!

Vernichtend an Gabriels Eckpunktepapier ist die Absicht, selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strom in Zukunft mit der EEG Umlage zu belasten. Das heißt im Klartext, dass Stromverbraucher, die sich entschieden haben, selbst Strom zu produzieren um diesen selbst abzunehmen und damit ihre Stromkosten zu senken, daran gehindert werden, weil sie auf diesen Strom eine Umlage zahlen sollen. Wenn aber die Selbstversorgung zusätzliche Kosten verursacht, gibt es für EndverbraucherInnen keine Motivation mehr, diesen Weg zu wählen. Auch die Nutzung des überschüssigen selbsterzeugten EE-Stroms zur Wärmeversorgung in autarken Systemen wird damit wirtschaftlich unmöglich gemacht, da alleine die EEG-Umlage auf die so erzeugte Kilowattstunde Strom teurer ist als der aktuelle Einkaufspreis der Kilowattstunde Erdgas. Dabei wäre gerade die Verlagerung

Demos
in Düsseldorf,
Hannover, Kiel,
Mainz/Wiesbaden,
München und
Potsdam
22.03.2014

des überschüssigen EE-Stroms in den Wärmesektor eine wünschenswerte Lösung um die Stromnetze zu entlasten und eine Abregelung der EE-Anlagen zu verhindern, solange die Speichertechnologien noch nicht im hinreichenden Umfang zur Verfügung stehen.

Und nicht nur das. Der „atmende Deckel“, der seit 2012 bereits die Solarbranche in die Knie gezwungen hat, soll nun auf Windstrom ausgeweitet werden. Konkret bedeutet das, dass jährliche Obergrenzen für den Zubau von Windstrom festgelegt werden. Sobald diese Zubaugrenzen erreicht sind, werden die Förderungen nach unten angepasst. Da gerade bei Windkraftprojekten zwischen Planungsbeginn und Fertigstellung oft große Zeitspannen liegen, gefährdet der "atmende Deckel" die Investitionssicherheit in solche Anlagen und sorgt für eine große Verunsicherung in der Branche. Schon jetzt ist die Verunsicherung bei Projektierern von Windkraftanlagen spürbar und die ersten Unternehmen melden Insolvenz an.

Die Erneuerbaren Energien stehen für eine Demokratisierung des Strommarktes, da jeder StromverbraucherIn auch zur/m StromerzeugerIn werden und sich selbst mit Strom versorgen kann. Dieser dezentrale Ansatz einer Energiewende von unten steht im Widerspruch zu den Interessen der großen Energiekonzerne. Die fossil-atomaren Kraftwerksbetreiber hingegen verfolgen einen zentralen Ansatz, der es ihnen ermöglicht, mit Großkraftwerken eine Machtstellung im Markt einzunehmen. Die Einnahmen fließen an wenige statt an viele. Genau diesen Ansatz unterstützt der Wirtschafts- und Energieminister Gabriel (SPD) mit seinem Eckpunktepapier.

Zusätzlich zum atmenden Deckel soll die Förderung für Windstrom an Land (Onshore) gekürzt werden, während die Förderung für Windstrom in der See (Offshore) verlängert werden soll. Windstrom in der See ist aber gegenwärtig der teuerste Erneuerbare Strom, während Windstrom an Land in der Herstellung bald günstiger sein wird als Strom aus konventionellen Kraftwerken. Da Windkraftanlagen in der See sich überhaupt nur rechnen können, wenn sie in großer Stückzahl zur gleichen Zeit als Windparks errichtet werden, ist es für Bürgerwindprojekte oder Energiegenossenschaften so gut wie unmöglich, eigene Anlagen zu verwirklichen. Hier kommt es zu einer klaren Bevorzugung von Großkonzernen, die sich an der Etablierung der Erneuerbaren Energien bisher kaum beteiligt haben. Dafür dürfen sie jetzt ungerechterweise die Ernte einfahren.

Erschwert wird der Zubau von Windkraftanlagen an Land noch durch eine weitere Regelung im Eckpunktepapier. Und zwar soll das sogenannte

Referenzertragsmodell weiterentwickelt werden. Das bedeutet, dass in Zukunft nur noch besonders windstarke Standorte vergütet werden, während die meisten Standorte in Mittel- und Süddeutschland künftig für eine verlässliche Vergütung ausscheiden.

Ausgerechnet die teuerste Form der Windkraftnutzung besonders zu fördern, steht im Widerspruch zum angeblichen Ziel der Kostensenkung. Diese Absurdität setzt sich in der verpflichtenden Direktvermarktung fort. Jeder Hausbesitzer, der eine Solaranlage auf dem Dach hat, soll zukünftig verpflichtet werden, seinen Strom direkt an der Strombörse zu verkaufen, während gleichzeitig ein Verkauf an lokale Abnehmer erschwert wird. An der Strombörse kann der Strom de facto nur von Kraftwerksbetreibern im In und Ausland aufgekauft werden, die dann mit EE-Strom, den sie zu Dumpingpreisen erworben haben, ihre langfristigen Lieferverträge erfüllen. Diese Regelung wird dem Ausbau der Erneuerbaren Energien einen weiteren Dämpfer zugunsten der fossil-atomaren Kraftwerke versetzen, die so, über die EEG Umlage, zusätzliche leistungslose Gewinne finanziert bekommen. Auch das Grünstromprivileg soll ersatzlos gestrichen werden. Für BesitzerInnen oder TeilhaberInnen von EE-Anlagen bedeutete das Grünstromprivileg bislang, dass sie teilweise von der EEG-Umlage befreit waren, wenn sie ihren Strom direkt an Endkunden vor Ort verkauften. So wurde regionale Wertschöpfung generiert, was durch den Wegfall erschwert wird.

In der Diskussion wird völlig außer Acht gelassen, dass die fossil-atomaren Kraftwerke mit Milliarden Steuergeldern subventioniert wurden und sich heute nur deshalb tragen, weil die Kosten der Endlagerung und die Haftpflicht der Atomkraftwerke, sowie die gesellschaftlichen Folgekosten für Umwelt, Klima und Gesundheit auf die Steuerzahler und zukünftige Generationen verlagert werden. Vergessen wird auch völlig, dass sowohl Kohle als auch Uran nach Deutschland importiert werden müssen und dabei hohe Kosten anfallen, die sämtlich auf den Endverbraucher verlagert werden, während Wasser, Wind und Sonne uns keine Rechnung schicken. Sobald eine Erneuerbare Energien-Anlage abbezahlt ist, verursacht sie nur noch Wartungskosten und kann damit langfristig sogar zu einer Senkung der Stromkosten beitragen. Hingegen haben sich die Kosten für fossil-atomare Brennstoffe seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Im letzten Jahr wurden über 100 Mrd. € für den Import von Brennstoffen nach Deutschland ausgegeben.

Durch die Erneuerbaren Energien wurden 2012 in Deutschland ca. 146 Mio. Tonnen Treibhausgase wie CO₂ eingespart. Die Erneuerbaren Energien leisten damit einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz. Diese Regierung meint es